

KURZINFORMATIONEN SÜDLICHES AFRIKA

REPUBLIK SÜDAFRIKA



Quelle: Munzinger Archiv Online, 2007

INHALT

I. INNENPOLITIK	2
II. AUSSENPOLITIK	3
III. BEZIEHUNGEN ZUR EU	3
IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN	4
IV. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	5
V. BILATERALE BEZIEHUNGEN	6

gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Slezak, Gabriele; Jänner 2007; letzter Stand: August 2006
Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe
Layout: Alexandra Erös

I. INNENPOLITIK

Der seit 1999 amtierende Präsident Thabo Mbeki (ANC) wurde im April 2004 von der Nationalversammlung ohne Gegenkandidat für eine zweite fünfjährige Amtsperiode gewählt und am 27. April 2004 erneut vereidigt. Zu innenpolitischen Turbulenzen kam es allerdings nachdem Jacob Zuma früherer Finanzberater Schabir Shaik im Juni 2005 vom Durban High Court wegen Betruges und Korruption zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde und daraufhin Zuma als Vizepräsident der Republik entlassen worden war. Phumzile Mlambo-Ngcuka -ehemalige Ministerin für Bergbau und Energie- ist nun seit 22. Juni 2005 neue Vizepräsidentin der Republik.

Bei den dritten Kommunalwahlen im demokratischen Südafrika vom März 2006 konnte der ANC die Stimmenmehrheit gewinnen, landesweit erhielt er in den Kommunen über 66% der Stimmen und ist somit in den Gemeinden stärker vertreten als zuvor. Nur Kapstadt ist die einzige Metropole, die nicht vom ANC regiert wird - die Democratic Alliance (DA) konnte das Bürgermeisteramt für Hellen Zille gewinnen.

Die letzten Gemeinderatswahlen ergaben zwar einen eindeutigen Wahlsieg für den ANC, insgesamt – und insbesondere in ärmeren Gegenden des Landes- ist aber eine deutliche Zunahme an Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik festzustellen. Für die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung sind drei weit verbreitete Probleme auf lokaler Ebene verantwortlich: schleppende oder fehlende Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, Korruption in den Kommunalregierungen, mangelnde Kommunikation mit sowie fehlende Einbeziehung der Bevölkerung von Seiten der Kommunalregierungen.

Zwölf Jahre ist der ANC nun führende Partei und brachte Südafrika eine stabile Demokratie und starke Wirtschaft. Südafrika hat die beste Börse und das modernste Kommunikationssystem auf dem Kontinent. Der Markt wächst, was durch den Reichtum an natürlichen Ressourcen noch unterstützt wird. Ebenso sind der Finanz-, Rechts-, Energie- und Transportsektor vergleichsweise gut ausgebaut. Doch das Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um die Arbeitslosenquote zu senken, die Armut zu bekämpfen und die benachteiligten Gruppen in die moderne Wirtschaftsentwicklung zu integrieren. Die erstaunlich hohe Wahlenthaltung bei den Gemeinderatswahlen 2006 im Ausmaß von 52% der Wähler wird unter anderem auch auf die Enttäuschung der Bevölkerung darüber zurückgeführt, dass die Regierung ihre Versprechen in der Sozialpolitik nicht halten konnte. Um diese Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu mindern sieht sich der ANC als amtierende Partei mit der großen Herausforderung konfrontiert, sich trotz wirtschaftlich dominanter Innenpolitik auf eine bessere Versorgung am Dienstleistungssektor und auf Armutsreduzierung zu konzentrieren.

Die Unzufriedenheit über kommunale Dienstleistungen und Korruptionsskandale innerhalb des ANC, in die auch der ehemalige Vizepräsident Zuma verwickelt war, haben dem Ansehen der Partei unter ihrer Anhängerschaft geschadet. Der ANC wird deswegen auch in der kommenden Periode zu kämpfen haben um sein Image wieder zu verbessern. Ein weiteres Problem für die Führung stellt eine innerparteiliche Uneinigkeit dar, die sich sowohl aufgrund der Korruptionsskandale als auch aufgrund der Nachfolgefrage für die Parteispitze ergab. Als ANC Präsident kündigte Mbeki bereits an, ab 2007 nicht mehr zu Verfügung stehen zu wollen und eine geeignete Nachfolge ab Dezember 2007 aufzustellen. Es wird befürchtet, dass mit dem Ausfall von Zuma als möglicher Präsidentschaftskandidat für 2007 ein Machtkampf innerhalb des ANC ausbrechen könnte. Deswegen steht für Mbeki die innerparteiliche Einigkeit an oberster Stelle. Gegenwärtig ist noch offen wer Mbeki als ANC-Vorsitzender und damit wohl auch im Amt des südafrikanischen Präsidenten nachfolgt.

Die Opposition bleibt weiterhin eher schwach und sehr zersplittert. Angesichts des in allen Bereichen des politischen Lebens sehr umfassend präsenten ANC als führende Partei ist es schwierig für Oppositionsparteien ein eigenes Identitätsprofil aufzubauen, das sich vom ANC unterscheidet und gleichzeitig glaubwürdig ist. Die größte Oppositionspartei die Democratic Alliance (DA) kam auf nur 14,77%. Die Inkatha Freedom Party (IFP) musste Verluste hinnehmen und kam nur auf 8%. Die neu gegründete Independent Democrats (ID) erreichte bei ihren ersten Kommunalwahlen 2%.

II. AUSSENPOLITIK

Südafrikas Außenpolitik wird auch weiterhin von den Zielen der Pan-Afrikanischen Entwicklungsinitiative der New Partnership for Africa's Development (Nepad), die mit ihrem Initiator Thabo Mbeki in Südafrika stark verankert ist, bestimmt. Südafrika übernimmt aufgrund dessen in Verhandlungsgesprächen eine führende Rolle um die Interessen von wirtschaftlich weniger einflussreichen afrikanischen Ländern zu wahren. Andererseits ist Südafrika bestrebt seine Beziehungen zu Asien und dem Mittleren Osten zu festigen was sich auch in Südafrikas aktiver Politik im Zusammenhang mit dem setting up einer neuen Asien-Afrika-Strategie im April 2005 manifestierte.

Die innenpolitische Krise in Simbabwe stellt für Südafrika nach wie vor eine der größten Herausforderungen bezüglich der Politik im Südlichen Afrika dar. Denn trotz der Bemühungen Südafrikas durch stille Diplomatie die innenpolitischen Turbulenzen zu regeln, konnte die Krise noch nicht beendet werden. So bewirkte der wirtschaftliche Druck den Südafrika auf Präsident Mugabe ausübte auch nichts.

Weiters zeigte sich auch in Zusammenhang mit NEPAD Südafrikas integrative Rolle bei konfliktreichen Situationen innerhalb der AU. Das Friedensabkommen zwischen den Regierungsparteien in Côte d'Ivoire konnte - nicht zuletzt aufgrund Mbekis Anstrengungen, innenpolitische Einigkeit zu erzielen- in Pretoria unterzeichnet werden.

Eingebunden in sicherheitspolitische Vereinbarungen der SADC, beteiligt sich Südafrika als Regionalmacht an UN-Friedenseinsätzen vor allem in Afrika sowie an Planungen für eine SADC-Friedenstruppe. Rund 3.000 Mann waren in UN-Friedensmissionen, vor allem in Burundi und der DR Kongo tätig, kleine Kontingente in Liberia und Äthiopien/Eritrea. Im Jänner 2004 schloss Südafrika mit der Demokratischen Republik Kongo ein Abkommen über Verteidigung und Sicherheit. Die Militärausgaben beliefen sich im Jahr 2003 auf rund 20 Mrd. Rand, und machten in diesem Jahr 6 % der Staatsausgaben und 2 % des BIP aus. (Quelle: Munzinger Archiv Online)

III. BEZIEHUNGEN ZUR EU

Aufbauend auf dem Beschluss des Kooperationsrats EU-Südafrika von 2005 erörterten Präsident Thabo Mbeki und EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe Louis Michel im März 2006 in Pretoria die Pläne, die Partnerschaft EU-Südafrika auf ein neues, strategisches Niveau zu heben. Als Schlüsselregion der Europäischen Union hat das Südliche Afrika geostrategische Priorität in der EU-Entwicklungspolitik in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen. Da Südafrika im südlichen Afrika und auf dem ganzen Kontinent eine Schlüsselrolle eingenommen hat, liegt es im gemeinsamen Interesse der EU eine Ausweitung und Vertiefung des Dialogs anzustreben. So beabsichtigt die Europäische Kommission, zu sondieren, in welchen Bereichen die derzeitige Partnerschaft gestärkt werden könnte. Dabei reichen die Möglichkeiten vom politischen Dialog, bis zur Liberalisierung des Handels und von der Entwicklungshilfe bis zu den zahlreichen Maßnahmen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Die Ergebnisse sollen im Anschluss daran dem Rat und dem Europäischen Parlament vorgelegt werden. Dabei betonte Kommissar Michel, dass "sowohl die EU als auch Südafrika sich aktiv für eine Agenda des Friedens und der Stabilität, des verantwortungsvollen Regierens und der Armutsminderung in ganz Afrika einsetzen".

Während seines einwöchigen Besuchs in der Region des Südlichen Afrika besuchte Kommissar Michel auch Lesotho und Botswana. In Gaborone führte er den Vorsitz eines regionalen Seminars über die Programmierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für das Gebiet der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC). An diesem zweiten regionalen Planungsseminar nahmen neben den für die Zusammenarbeit mit Europa zuständigen höchsten Vertretern aller SADC-Länder auch der Vorsitzende des SADC-Ministerrats sowie der SADC-Generalsekretär teil. Der 10. EEF beläuft sich für den Zeitraum 2008-2013 ist mit einer Anhebung auf 22,7 Mrd.€ budgetiert. (Aktuell beläuft sich die finanzielle Ausstattung auf nur 13,5 Mrd.€.)

Ein Jahr zuvor besuchte Javier Solana, EU High Representative für die Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik (CFSP) Südafrika und traf mit Präsident Mbeki, Außenministerin Clarice Zuma und Verteidigungsminister Mosiuoa Gérard Patrick Lekota zusammen. Dabei ging es um die Bemühungen den politischen Dialog, die Beziehungen und Solidarität innerhalb Afrikas zu stärken. Insbesondere ging es aber um die strategische Partnerschaft zwischen EU und Südafrika in allgemein wichtigen Fragen die AU und UN betreffend als auch um innerafrikanische Krisenregionen wie Sudan, Côte d'Ivoire, Simbabwe und die Region der Großen Seen.

IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen gehört Südafrika zu den Ländern mit mittlerem Einkommen, Wirtschaft und Gesellschaft jedoch sind noch immer von den unter dem Apartheid-Regime zementierten sozialen und regionalen Gegensätzen gekennzeichnet: Hoch entwickelten Bergbau-, Industrie-, Finanz- und Dienstleistungszentren stehen die von Armut betroffenen Townships und ehemaligen „Homelands“ gegenüber. Auf Verminderung sozialer und regionaler Disparitäten gerichtete Programme wie die Spatial Development Initiative (SDI) und das Black Economic Empowerment (BEE) sowie Südafrikas prominente Beteiligung an der New Economic Partnership for Africa (NEPAD) sind wichtige Instrumente, um die große Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen. Jedoch vermochten diese bislang noch nicht die entscheidende Veränderung zu erzielen, denn gemessen am Index der menschlichen Entwicklung (HDI) ist Südafrika seit dem Jahr 2000 um 35 Plätze zurückgefallen und liegt nun auf Rang 120 von 177 Ländern. (UNDP 2005) Die vorherrschenden Asymmetrien zwischen den Geschlechtern verdeutlichen auch der Gender-Related Development Index (GDI), bei dem Südafrika von 140 Staaten Platz 92 belegt. Die Hauptprobleme sind der soziale Sektor (Sozialleistung), die Armut und geringe Beschäftigung - nur aufgrund der Wirtschaftsleistung gemessen stünde das Land in der Weltrangliste 68 Plätze weiter vorne.

Allerdings führte der neoliberal beeinflusste wirtschaftspolitische Kurs unter Mbeki auch zur Eindämmung von Budgetdefizit, Staatsverschuldung und Inflation sowie zu einem relativ stabilen Wirtschaftswachstum. 2003 wurde der Kurs des Rand stabilisiert - u. a. um Importe nicht übermäßig zu verteuern, von denen die Industrialisierung abhängig blieb. Der neoliberale Kurs der ANC-Regierungen beinhaltet einen Fokus auf Wirtschaftswachstum und Investitionen, um Beschäftigung zu schaffen sowie eine starke Ausrichtung auf Export und Handelsverträge, die mit der EU und den USA geschlossen werden. Maßnahmen wie SDI und BEE sollen räumliche und soziale Entwicklungsunterschiede vermindern und unter der von Armut betroffenen Bevölkerung berufliche Qualifikation, Beschäftigung und die Entstehung eines Unternehmertums fördern.

Diese Maßnahmen beinhalten Förderung Nicht-Weißer Unternehmer in Südafrika und die Bevorzugung einer sozialen Gruppe die zuvor benachteiligt bzw. diskriminiert wurde, wie z.B. bei Einstellungen oder Beförderungen sowie Förderprogramme im Bildungsbereich. Seit 2004 ist BEE gesetzlich festgeschrieben. Das neuere Sozialpolitikprogramm der Regierung Broad Based Black Economic Empowerment beinhaltet nun eine breitere Ausrichtung und stellt einen wichtigen Ansatz zur Armutsbekämpfung dar. Besonders wichtig ist dabei die Förderung kommunaler Projekte in verarmten ländlichen Regionen sowie die Förderung von KleinunternehmerInnen. Zusätzlich unterstützt diese Politik aber auch eine Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Bekämpfung von HIV/Aids sowie die Schaffung von Wohnraum.

Gesundheitszustand und medizinische Versorgung der Bevölkerung weisen sehr unterschiedliches Niveau auf. Begünstigt ist, wer die qualitativ guten, aber teuren Leistungen privater Arztpraxen, Kliniken und Krankenhäuser bezahlen kann. Die Mehrheit der Bevölkerung ist aber auf den qualitativ schlechteren Massenbetrieb in öffentlichen Einrichtungen angewiesen. Mit Abstand bedeutendste medizinische Herausforderung ist die vor allem in der östlichen Landeshälfte grassierende Immunschwächekrankheit Aids, die inzwischen über 5 Mio. Menschen erfasst hat und jährlich rd. 400.000 Todesopfer fordert. 2003 wurde, nach langer, international kritisierte regierungsamtlicher Ignoranz gegenüber Aids, ein Programm aufgelegt, das u. a. verbesserte Prävention und die kostenlose

Abgabe von Medikamenten an unmittelbar Bedürftige (mindestens 500.000) vorsieht.

Nach dem Ende der Apartheid ist das Bildungswesen zum Schlüsselsektor zur Herstellung von Chancengleichheit geworden. Mit beträchtlichem Aufwand wird versucht, ein einheitliches Bildungssystem zu etablieren. Durch Straffung des Hochschulsektors, darunter die Rückführung der Universitäten von 21 auf elf Einrichtungen, soll u. a. die einst rassistisch motivierte Aufblähung (Schaffung gleicher Institutionen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen) rückgängig gemacht werden. Für alle Südafrikaner der Altersgruppe von sieben bis 16 Jahren besteht Schulpflicht. Unterricht kann in jeder der elf Amtssprachen beansprucht werden. Im Schulsystem sind öffentliche und private Einrichtungen vertreten. Den Kernbereich bilden die siebenjährige Grundschule und die fünfjährige Sekundarstufe.

Südafrikas Chancen bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) sind laut MDG-Bericht der Vereinten Nationen vom September 2005 gut. Manche dieser Ziele konnten bis 2005 bereits erreicht werden, da sie bereits seit 1994 zu den innenpolitischen Zielen der Regierung gehören.

Periodisch kommt es zu schweren Dürren. 2003/04 waren davon bis zu 15 Mio. Menschen betroffen. Die Meere um Südafrika (200-Seemeilen-Wirtschaftszone) verfügen über reiche Fanggründe. Fischerei (rd. 0,3 % des BIP) wird v. a. vor der Westküste betrieben. Umweltprobleme bestehen u. a. in Bodenerosion, Landschaftszerstörung (v. a. Bergbau), Wasserverunreinigung, Abgasen, Lärm, Müll (in Städten), dem Risiko der Atomkraft (bei Kapstadt) und Überfischung. Geringe Niederschläge haben wiederholt Dürre zur Folge. Zwecks Verbesserung der Ertragsleistungen wird die ökologisch problematische Einführung gentechnisch veränderten Saatguts diskutiert.

IV. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

2004, im Jubiläumsjahr „10 Years of Democracy“ in Südafrika wurde mit der Europäischen Union das bilaterale Abkommen über Handel und Entwicklung und Zusammenarbeit (TDCA), von allen Seiten ratifiziert. Dieses Abkommen bietet den Rahmen für den Dialog zwischen der EU und der südafrikanischen Regierung. Insbesondere die Bemühungen Südafrikas um Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Übergangsprozesses sollen unterstützt, die regionale Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Integration im südlichen Afrika gefördert und so zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beigetragen werden. Ein weiteres Ziel ist den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen EU und Südafrika und die Handelsliberalisierung voranzutreiben, die Integration Südafrikas in die Weltwirtschaft zu erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Südafrika zu fördern. Die handels-, wirtschafts- und entwicklungsspezifischen Teile des Abkommens wurden bereits seit 2000 provisorisch umgesetzt. Zudem wurden die Beziehungen zwischen Südafrika und der EU durch Mbekis Besuch Ende 2004 in Brüssel und seine Ansprache vor dem Europäischen Parlament intensiviert.

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Südafrika wird hauptsächlich im Rahmen eines bilateralen Programms geleistet, dem Europäischen Programm für Wiederaufbau und Entwicklung (EPWE). Die Ziele des EPWE ergeben sich aus dem Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit, das die Integration der südafrikanischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft, die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Festigung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und die Armutsbekämpfung vorsieht. Der dezentralisierten Zusammenarbeit wird eine große Bedeutung beigemessen. Aus diesem Grund wird die Zivilgesellschaft maßgeblich am Entwicklungsprozess beteiligt. Der vorläufig für den Zeitraum 2000 bis 2006 veranschlagte Betrag beläuft sich auf 900,5 Mio. Euro.

Das darauf aufbauende Mehrjahresprogramm Multi-annual Indicative Programme (MIP) wird seit 1995 periodisch fortgeschrieben und konzentriert sich auf die am stärksten von Armut betroffenen Regionen Eastern Cape, KwaZulu-Natal and Limpopo. Die Schwerpunktsetzung des aktuellen Programms erfolgt in Übereinstimmung mit den Vorläuferprogrammen und sieht ein Engagement

in den Bereichen Zugang zu und Verbesserung von sozialen Dienstleistungen, ausgewogener wirtschaftlicher Entwicklung, Demokratisierung und regionaler Integration und Zusammenarbeit vor. Die konkreten Maßnahmen dazu sind im Country Assistance Strategy Paper 2003-2006 formuliert.

V. BILATERALE BEZIEHUNGEN

1. KURZE ALLGEMEINE DARSTELLUNG

Die bilateralen Beziehungen zwischen Südafrika und Österreich gehen bis ins 19. Jahrhundert zurück, als Österreich 1852 in Kapstadt ein Konsulat eröffnete. Trotzdem sich Österreich der UNO-Politik anschloss, wurden während der Apartheidära die diplomatischen Beziehungen -wenn auch eingeschränkt- aufrechterhalten.

Seit dem Ende der Apartheid 1994 haben sich die Beziehungen völlig normalisiert, und wurden durch eine hohe Anzahl an gegenseitigen hochrangigen Besuchen weiter verstärkt. Südafrika ist seit vielen Jahrzehnten ein wichtiger Wirtschaftspartner für Österreich. So gab es trotz der politisch äußerst unruhigen Zeit zwischen 1980-90 in der Wirtschaft eine uneingeschränkt intensive Kooperation. Als wichtigster Handelspartner Österreichs in Afrika werden die wirtschaftlichen Beziehungen kontinuierlich vertieft.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit begann die Kooperation erst gegen Ende des Apartheidregimes mit Ausbildungsprogrammen. Allerdings intensivierten sich diese ab 1991. Die Gesamt-ODA Leistungen Österreichs an Südafrika beliefen sich zwischen 2000-2004 auf 0,9 – 1,5 Mio.€ jährlich. Davon machte das Budget der OEZA durchschnittlich 83% aus. Die österreichische Regierung unterstützt Projekte der Entwicklungszusammenarbeit unter anderem zur Stärkung von demokratischen Strukturen im Gemeindebereich und in Frauenfragen. Der Schwerpunkt der aktuellen OEZA liegt weitestgehend auf dem Sektor Demokratisierung, wobei die Bildung der zivilen Gesellschaft, der Zugang der benachteiligten Bevölkerung zum Rechtswesen sowie die Schaffung von „local governments“ und die Dezentralisierung der Staatsverwaltung im Zentrum stehen.

2004 engagierte sich die OEZA mit 37% der ODA im Bereich Landreform, Sicherung der Landrechte im Zuge von Dezentralisierung und Aufbau von Lokalverwaltungsstrukturen durch Horizont 3000. Unterstützung der Lokalregierung im Bereich der Selbstverwaltung wird durch das ÖNSI bereitgestellt. Die Maßnahmen reichen von der Förderung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Grundrechte, über die Unterstützung von lokalen Beratungszentren gegen häusliche Gewalt in Mpumalanga und Eastern Cape (über UNDP) bis hin zur Unterstützung von Beratungsprogrammen für Landrechte, Rechtsberatung durch ein Rechtsbulletin, Seminare für alle Gemeinden Südafrikas, die Erstellung eines Handbuchs für Gemeindevertreter, Netzwerk für Genderausbildung und Unterstützung der „Commission on Gender Equality“. Rund 21% der ODA wurden im Bereich Umweltschutz im Rahmen des 2002 anlässlich des Weltgipfels zu Umwelt in Johannesburg ins Leben gerufenen Projekts National Cleaner Production Centre (NCPC) verwendet, das von Österreich und der Schweiz unterstützt wird. Ziel dabei ist, weniger Umweltverschmutzung bei Produktionstechniken zu entwickeln und Ressourcen nachhaltig zu nutzen.

Die Kooperation der OEZA mit Südafrika wird über multilaterale Organisationen (UNDP und UNODC), staatliche Stellen (Commission on Gender Equality) und über südafrikanische NGOs abgewickelt. Auf österreichischer Seite fungieren vor allem „Horizont 3000“ und das „Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit“ als Projektträger.

2. POSITIONEN ZU DEN WICHTIGSTEN FÜR ÖSTERREICH RELEVANTEN THEMEN

Die Reorganisation der früher von Weißen dominierten Verwaltung und die Beseitigung der Reste der Apartheid in den öffentlichen Institutionen ist ein schwieriger Prozess. Dies ist einer der Schwerpunkte, in denen sich die OEZA heute engagiert.

Südafrika zählt nicht zu Österreichs OEZA-Schwerpunktländern, es gibt daher insgesamt – im Vergleich zu anderen EU-Staaten – relativ wenige Projekte, nur beschränkte finanzielle Mittel und auch kein ständiges OEZA-Personal im Land. Der Aufbau einer bürgernahen lokalen Verwaltung wurde viele Jahre von der OEZA durch das Österreichische Nord-Süd-Institut (ÖNSI) in Form von Beratungstätigkeit unterstützt.

Ein weiterer Schwerpunktbereich ist eine friedliche Landreform. Der Agrarsektor erzielte 2003 rd. 3 % des BIP und 5 % der Exporterlöse. 13 % der Landfläche sind für Ackerbau, weitere 69 % für Viehzucht nutzbar. Trotz behutsam begonnener Landumverteilung (allein 2002 rd. 295.000 ha an 140.227 Landlose) gehören noch immer fast 85 % des Agrarlandes fast ausschließlich einigen wenigen Großgrundbesitzern, die ihren wirtschaftlichen Erfolg u. a. dem Einsatz schlecht entlohnter Arbeiter verdanken. Um die Lebensmittelversorgung der Bauern zu verbessern, verlangte das Landless People's Movement (LPM) im Januar 2004 u. a., dass die Bodenumverteilung stärker mit der Vergabe von Fördermitteln an Kleinbauern und bisher Landlose verzahnt wird. In dieser Frage engagieren sich von Österreich unterstützte südafrikanische Nichtregierungsorganisationen wie die National Land Commission (NLC) oder Nkuzi. Es werden Rechtsberatung geleistet und Fachkurse für Bauern organisiert, die von der Regierung aufgekaufte Farmen übernommen haben.

Die Sensibilisierung für Geschlechterfragen – Demokratieförderung im weiteren Sinne – ist ein weiterer Bereich indem die OEZA Unterstützung anbietet. Da die Verantwortlichkeit für viele öffentliche Dienstleistungen und für die Entwicklungsplanung bei den Lokalregierungen liegt, sollen gerade auf dieser Ebene die bestehenden Gender-spezifischen Unausgewogenheiten verändert werden. Die NRO "GETNET-Gender Education and Training Network" hat in den letzten Jahren eine umfassende und anerkannte Gender-Ausbildung für Local Government entwickelt

3. WIRTSCHAFT

Südafrika ist größter Goldproduzent der Welt, Anbieter von „strategischen“ Rohstoffen und der am stärksten industrialisierte Staat Afrikas. Bergbau, Industrie und Finanzsektor sind auf wenige Standorte (vor allem Johannesburg-Pretoria, Kapstadt, Durban, Port Elizabeth) konzentriert, hinzu kommen Konglomerate wie BHP Billiton, Anglo American, SASOL, Old Mutual und SANLAM. Die Exportstruktur (2003 nur noch 17 % Rohstoffe) ähnelt einem Industrieland. Andererseits gibt es Merkmale eines Entwicklungslandes, darunter Subsistenzwirtschaft, geringe Industrialisierung und Massenarmut in der Bevölkerung sowie u. a. die Abhängigkeit vom Kapitalgüterimport aus Industriestaaten. Ungleicher Entwicklungsstand und ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gehören noch immer zum (konfliktträchtigen) Erbe der Apartheid.

Die Regierung fördert den Privatsektor und Direktinvestitionen, wenngleich die angekündigte Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen (u. a. Transnet [Verkehr und Infrastruktur] und ESKOM [Energie]) schleppend verlief. Deutlich erkennbar ist der anhaltende Strukturwandel weg von Landwirtschaft und Bergbau hin zu Industrie und tertiärem Sektor. Dabei strebt Südafrika an, seinen Status als technologisches Spitzenland des Kontinents weiter auszubauen (u. a. als Anbieter von IT-Diensten). Die Wirtschaft leidet jedoch zunehmend unter dem Mangel an qualifiziertem Personal, dem Kostendruck durch Aids (u. a. Ausfall von Arbeitskräften) sowie dem Imageschaden durch eine teilweise erhebliche Gewaltkriminalität.

Alleine an den Wirtschaftsindikatoren gemessen nimmt Südafrika zweifelsohne innerhalb des gesamten Kontinents eine herausragende Position ein. Auf nur 4% der Landmasse werden von ca. 5% der afrikanischen Bevölkerung 23% des gesamten BIP erwirtschaftet. Das reale BIP-Wachstum hat sich seit 2001 bei durchschnittlich 3,5% eingependelt und erreichte 2005 4,9%. Es kann davon ausgegangen werden, dass Südafrika einer guten wirtschaftlichen Zukunft entgegen sieht. Wachstumsimpulse werden künftig aus Infrastrukturprojekten (Energie, Verkehr, Telekommunikation), der Fußballweltmeisterschaft 2010 und vom Tourismus erwartet. Hingegen wird angenommen, dass die Entwicklung im Bergbau und der KFZ-Industrie durch die starke Abhängigkeit vom Randwechsellkurs beeinträchtigt wird. Von ausländischen Investoren werden Probleme in der relativen Stärke

des Rand, Entwicklungsengpässe in der Infrastruktur, der immer noch massiven Arbeitslosigkeit (26,7% offiziell, mehr als 40% inoffiziell) sowie in den Auswirkungen der AIDS-Epidemie auf die Beschäftigung gesehen. Die Handelsbeziehungen Südafrikas werden als stabil prognostiziert, insbesondere die Exporte werden aufgrund der hohen Rohstoffpreise und Rohstoffvolumen – an erster Stelle stehen hier Mineralien, vor allem Platin, Gold und Diamanten – trotz anhaltender Stärke des südafrikanischen Rand als positiv bewertet. Der Außenhandel wird zudem von hochwertigen Waren, wie Kraftfahrzeuge, Chemikalien und Maschinen für den Bergbau und zunehmend auch alternative Energie, dominiert. Wachstumsimpulse von Infrastrukturprojekten erwartet.

Der Modernisierungsprozess und die Technologisierung der südafrikanischen Industrie und die Technologieschübe erfordern zunehmend den Import von Dienstleistungen in Form von Know-how und Consulting.

Österreichs Exporte nach Südafrika beliefen sich im Jahr 2005 auf EUR 471,7 Mio. und entsprechen einer Steigerung von 18,2% im Vergleich zum Vorjahr. Bei den wichtigsten österreichischen Exportpositionen wie Fahrzeuglieferungen und Lieferungen von Maschinen und elektrotechnischen Geräten wurden im Jahr 2005 durchwegs Steigerungen verzeichnet. Die südafrikanischen Exporte nach Österreich stiegen nur geringfügig an und betragen EUR 310,2 Mio. (2005), diese Entwicklung ist weitgehend dem starken Randkurs zuzuschreiben. Erze und Schlacken, welche die größte Position unter den südafrikanischen Exporten darstellen, verzeichneten einen Anstieg um 38,1%. Ebenfalls dem Trend folgend, reduzierten sich Österreichs Importe von Eisen- und Stahl aus Südafrika gegenüber dem Vorjahr um -25,7%.

In Südafrika nimmt der Tourismus innerhalb der Wirtschaftssektoren einen wichtigen Stellenwert ein. Auf Grund des überwiegend angenehmen Klimas und der Vielfalt von Kultur, Landschaft, Flora und Fauna gehört Südafrika zu den bedeutendsten Reisezielen der Welt. Zahlreiche Nationalparks, darunter der Great Limpopo Transfrontier Park (Kruger Park), private Wildreservate, Küsten, Berge (darunter der Tafelberg von Kapstadt), Weingüter und der gute Ausbau im Infrastrukturbereich bilden die Basis für die Entwicklung des Tourismussektors.

4. KULTUR

Anlässlich der „Zehn-Jahres-Feierlichkeiten des Neuen Südafrika“ ging das International Classical Music Festival 2004 auf eine Europa Tournee. In diesem Rahmen wurde im Musikverein in Wien sowie im Bruckner-Haus in Linz das Oratorium „Ushaka“ des Komponisten Mzilikazi Khumalo und des Dichters Themba Msimang mit dem Thema „Versöhnung“ unter dem Dirigenten Robert Maxym aufgeführt.

2004 wurde der Film des österreichischen Regisseurs Houchang Allahyari „Geboren in Absurdistan“ als Beitrag während der EU-Filmwochen in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt und Durban gezeigt. Im Rahmen des International Classical Music Festival das von südafrikanisch-österreichischen Initiatoren ins Leben gerufen wurde kam es zu einer Zusammenarbeit von MusikerInnen aus verschiedenen Kulturkreisen und zur Aufführung mehrerer Konzerte in Johannesburg und Kapstadt. Ein weiterer musikalischer Austausch wurde vom Kapstädter Opernstudio in Form eines Wiener Gala-Operettenabends organisiert. Auftritt Miriam Makebas in Salzburg im Rahmen des Salzburger Jazzfestivals 2004. Auf literarischem Gebiet wurde im März 2006 in der Kunsthalle Wien, Literatur aus Südafrika präsentiert mit einem Eröffnungsvortrag der südafrikanischen Literaturwissenschaftlerin Dorothy Driver. Die Kunsthalle Wien zeigte mit einer Ausstellung Anfang März 2006 herausragende südafrikanische Fotokünstler verschiedener Generationen, die als Alltagsbeobachter, unterschiedliche Facetten des Landes zwischen Apartheid und Neuaufbruch zeigen. Unter dem Titel „Neues von einem anderen Ende der Welt“ ließ die vom Kunstverein Wien mit Förderung der Kulturabteilung der Stadt Wien ausgerichtete Literaturreihe Autoren aus Südafrika zu Wort kommen.

An der Universität Stellenbosch, die auch seit mehreren Jahren ein Austauschprogramm für Lehrende und Studierende mit dem Mozarteum Salzburg unterhält, wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut for Justice & Reconciliation und der Provinzregierung des Western Cape das Symposium „Restitution and Reconciliation in Europe and South Africa: Past and Future“ gehalten (8.–10. September 2004 im Rahmen eines Kooperationsprojekts anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum der Demokratie Südafrikas.

SÜDAFRIKA

Fact-Sheet

Stand 20. Juli 2006

Landesname: Republic of South Africa - Republik Südafrika

Hauptstadt: Pretoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef : Thabo Mbeki

Außenministerin: Nkosazana Dlamini-Zuma

Österreichische Vertretungen: Pretoria – ÖB; Kapstadt – GK; Johannesburg – HGK, AHSt; Durban – HK; Port Elizabeth – HK

Fläche: 1.219.090 km²

Bevölkerung: 2003:46,9 Millionen Menschen,

jährl. Zuwachsrate: 1975-2003:2,1%; 2003-15: 0,2%; (UNDP 2005);

Jährl. Bev.-Wachstum (2000-2005): 0,78%; städt. Bevölk. (2005): 57,9%. (UN Population Division)

2005 wurde die Einwohnerzahl auf 46,88 Mio. geschätzt. Größte Ballungsräume sind Johannesburg-Pretoria, Durban, Kapstadt und Port Elizabeth. Ländliche Räume weisen in Eastern Cape, KwaZulu-Natal und Limpopo z. T. hohe Bevölkerungsdichten auf. Die Westhälfte des Landes ist mit Ausnahme des Großraums Kapstadt dünn besiedelt. (Munzinger Archiv Online 2006)

Sprachen: Afrikaans, Englisch, IsiNdebele, IsiXhosa, IsiZulu, SePedi, SeSotho, SeTswana, SiSwati, TshiVenda und XiTsonga sind, konstitutionell verankert, gleichberechtigte Amtssprachen. Afrikaans und Englisch sind die wichtigsten Geschäftssprachen. Englisch hat als Amts-, Wirtschafts-, Bildungs- und Mediensprache einen herausgehobenen Rang.

Währung: Rand; 1 Euro = 9,35 ZAR (23.6.2006)

Staatsform: Republik

Wichtigste Parteien:

African National Congress (ANC): Gewinn der Zweidrittelmehrheit bei der Parlamentswahl im April 2004; Vorsitz: Thabo Mbeki;

Democratic Alliance/Demokratiiese Alliansie (DA): Ziel, sich als politische Alternative zum ANC zu profilieren; Vorsitz: Anthony James Leon;

Inkatha Freedom Party (IFP): faktisch Regionalpartei von KwaZulu-Natal; Vorsitz: Mangosuthu Buthelezi;

United Democratic Movement (UDM): faktisch Regionalpartei im Xhosa-Gebiet von Eastern Cape; Vorsitz: Bantu(bonke) Holomisa;

Independent Democrats (ID): Basis vor allem in Western Cape, Northern Cape und Gauteng; Vorsitz: Patricia de Lille;

Nuwe Nasionale Party/New National Party (NNP): 1948 bis 1994 Machtbasis des Apartheid-Regimes; 1989 bis 1994 unter F. W. de Klerk Mitgestaltung des Wandels; 1994 bis 1996 und ab April 2004 (in Western Cape seit 2001) Regierungspartnerin des ANC; Hochburg um Kapstadt; Vorsitz: Marthinus van Schalkwyk;

Letzte Wahl: Gemeinderatswahl März 2006: ANC erhielt landesweit in den Kommunen über 66% der Stimmen; Die größte Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) kam auf nur 14,77%. Die Inkatha Freedom Party (IFP) musste Verluste hinnehmen und kam nur auf 8%. Die neu gegründete Independent Democrats (ID) erreichte bei ihren ersten Kommunalwahlen 2%.

Regierung: ANC (seit 1994)

Bevölkerungsdichte: Schätzung 2005: 38,5 Einw./km²

Verstädterung: 2003: 56,9% (UNDP 2005)

Zuwachsrate der städt. Bevölk. 2005: 57,9 % (Munzinger Archiv Online 2005)

Öffentliche Ausgaben für Bildung: 2000-02: 5,3 % des BSP (UNDP 2005)

Alphabetisierungsrate: 2003: 82,4% (der mind. 15-Jährigen) (UNDP 2005)

Einschulungsrate: 2002/03: Grundschule: 89%; Sekundarschule: 66% (UNDP 2005)

Öffentl. Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2002: 3,5% des BSP (UNDP, 2005)

Lebenserwartung: 2000-05: 49 Jahre (UNDP 2005)

Kindersterblichkeitsrate: 87,4 Kinder unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten der ärmsten 20% der Bevölkerung und nur 21,9 der reichsten 20%. (UNDP 2005)

HIV/Aids-Verbreitung: 2003: 21,5% der 15-49 Jährigen (UNDP 2005)

Ernährung: 1995-2003: 12 % der unter 5 Jährigen sind unterernährt

Zugang zu sauberem Wasser: 2002 hatten 87 % der Einwohner Zugang zu sauberem Trinkwasser, und nur 67% der Einwohner standen sanitäre Einrichtungen zur Verfügung (UNDP 2005)

Human Development Index (HDI): 2003: Rang 120 von 177, mit einem Index v. (max. 1,0) (UNDP, 2005)

Gender Related Development Index (GDI): 2003: Rang 92 von 140 mit einem Index v. 0,652 (max. 1) (UNDP, 2005)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Human Poverty Index (HPI-1): Rang von 56, mit einem Wert v. 30,9% (UNDP 2005)

Gini-Index: 2000: 57,8 (UNDP 2005)

BSP: 2003: 215.052 Mrd. US\$ (UNDP 2005)

BSP pro Kopf: 2003: 3.489 US-Dollar (UNDP 2005)

Reales Wachstum des BSP: 2004: 4,9% (EIU 2005)

Inflation (Consumer Price Inflation): 2004: 4,3% (EIU 2005)

Arbeitslosenrate: 2005: 26,7%; (EIU 2006)

Verschuldung: 2003: 27,8 Mrd. US\$ (EIU 2005)

Schuldendienst: Schuldendienstrate (Auslandsschulden) 2003 2,7 % (UNDP 2005). 2003: 8,6 % der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (EIU, 2005)

Budgetdefizit: 2006: 47.950 Mio.Rand und entspricht 3,1 % des BSP (EIU 2006);

Staatshaushalt 2005/06: Ausgaben: 403,1 Mrd. Rand; Einnahmen; 357,8 Mrd. Rand (Munzinger Archiv Online 2006)

Official development assistance (ODA): 2004: 460,4 Mio.US\$,

ODA pro Kopf: 2004 10,1 US\$; entspricht 0,2% des BSP. (OECD 2006)

Außenhandel: 2004 : Gesamtexporte 51,9 Mrd. US\$, Gesamtimporte 53,6 Mrd. US\$

Außenhandel mit Österreich: 2005 betragen die österreichischen Exporte 471,7 Mio. (+18%), die Importe 310,2 Mio. Euro.

Verträge mit Österreich:

Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Südafrikanischen Union betreffend den gegenseitigen Austausch von Postpaketen, nicht kundgemacht.

Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Südafrika betreffend den Commonwealth-Kriegsfriedhof in Klagenfurt BGBl. Nr. 32/1968

Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Südafrika BGBl. Nr. 594/1995

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen BGBl. Nr. III 40/1997

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Südafrika über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen samt Protokoll BGBl. Nr.III 193/1997

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Südafrika über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen BGBl. Nr.III 34/1997

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Südafrika über polizeiliche Zusammenarbeit BGBl. Nr.III 143/2004

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen:

SADC (Southern African Development Community)

AU (African Union)

The Commonwealth

VN (Vereinte Nationen)

WTO (World Trade Organisation)

WB (Weltbank)

IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

IMF (Internationaler Währungsfond)
FAO (UN- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)
Vereinte Nationen
UNCTAD (VN-Handels- und Entwicklungskonferenz)
IATA (Dachorganisaition internationaler Fluglinienbetreiber)
ICAO (Internationale Zivilluftfahrts-Organisation)
IDA (Internationale Entwicklungsorganisation)
IFC (Internationale Finanz-Corporation; Weltbank)
IMF (Internationaler Währungsfonds)
ILO (Internationale Arbeitsorganisation)
IOM (Internationale Seeschifffahrts-Organisation)
ITU (Internationale Fernmeldeunion)
UPU (Weltpostverein)
WMO (Weltorganisation für Meteorologie)
WHO (Weltgesundheitsorganisation)
IPU (Interparlamentarische Union)
IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)